

V0944/21

Erklärung Ingolstadts zur Schwammstadt
-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 13.10.2021-

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 19.05.2022

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass die Verwaltung als weiteres Vorgehen vorschläge, einen kommunalen Hitzeaktionsplan zu entwickeln. Der Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen würde inhaltlich im Großen und Ganzen so übernommen werden. Wie dieser aussehen könne, würde man in einer internen Arbeitsgruppe besprechen. Zu den kommunalen Klimaanpassungsmaßnahmen wird vorgeschlagen, ebenfalls ein Konzept zu machen, in dem alle Ämter und Beteiligungsgesellschaften einbezogen werden. So sollen in geeigneter Form Maßnahmenvorschläge gemacht werden können, welche dann bereits möglichst stark räumlich verortet sein sollen. Für solche Konzepte gebe es Förderprogramme in Höhe von 4 Mrd. Euro, welche an die Kommunen vom Umweltministerium ausgegeben werden sollen. Diese wolle man in Angriff nehmen. Das Konzept mit den einzelnen Maßnahmen und Bereichen soll demnächst dem Stadtrat vorgelegt werden, informiert Bürgermeisterin Kleine.

Stadtrat Dr. Meyer sagt, diese Zielsetzung könne er absolut unterstützen. Weiter möchte er in Erfahrung bringen, was unter der Begriffen „Entsiegelung und Abkoppelung“ auf Seite 3 der Verwaltungsvorlage genau gemeint sei.

Mit dem Begriff „Entsiegelung“ sei gemeint, dass nicht sickerfähige Flächen (fugenlose Pflaster) aufgebrochen werden, erklärt Herr Schneider. Stellplätze zum Beispiel müssen nicht asphaltiert werden, sondern können auch sickerfähig sein. Diese können entweder durch ein Pflaster mit Sickerfugen oder einer wassergebundenen Decke ersetzt werden, veranschaulicht er. Bei der „Abkoppelung“ soll für Flächen, die in den Kanal entwässert werden, Sickerflächen (z.B. Mulden) geschaffen werden, welche für eine Entlastung des Kanalsystems bzw. den Straßen, auf denen das Wasser fließt, sorgen sollen. Hier gehe es hauptsächlich um Starkregenereignisse.

Stadträtin Leininger erläutert, dass der Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen eigentlich darauf abziele, den aktuellen Stand festzustellen, ohne den Begriff „Schwammstadt“ zu benutzen. Obwohl schon sehr viele positive Maßnahmen umgesetzt werden, sehe sie im Vergleich zu anderen Großstädten, dass Ingolstadt noch großen Handlungsbedarf habe. Die Schwammstadtprinzipien bei den Neubauten umzusetzen, sei viel einfacher als im Bestand. In der Innenstadt habe man viele versiegelte Flächen, welche man nicht einfach so entsiegeln könne. In der Altstadt sei es sehr eng. Jeder kenne den Kampf um die Parkplätze in der Altstadt, verdeutlicht Stadträtin Leininger. Es komme auch darauf an, völlig umzudenken. Früher habe man das Wasser schnellst möglichst abgeleitet, um sich vor dem Wasser zu schützen. Heute müsse man einen „Schwamm“ anlegen, um das Wasser halten zu können. Weiter geht Stadträtin Leininger auf den im Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen genannten Aspekt der Stadtbäume ein. Die bestehenden, großen Stadtbäume lebensfähig zu halten, sei ihr besonders wichtig. Diesen Hinweis wolle sie nochmals mitgeben, damit für den Baumschutz noch mehr Maßnahmen unternommen werden. Die Stadt mit dem „Schwammstadtprinzip“ klimaresilient zu machen

sei neben dem integrierten Klimaschutzkonzept die andere Seite der Medaille und in ihren Augen genauso wichtig.

Stadtrat Schülter bedankt sich für die umfangreiche Darstellung in der Verwaltungsvorlage, die dem Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zum großen Teil entspreche. Die AfD-Stadtratsfraktion begrüße es, dass dem Schwammstadtprinzip, wie beantragt, in Ingolstadt eine besondere und wichtige Bedeutung zukomme und das Prinzip nun auch tatsächlich Schritt für Schritt umgesetzt werden solle.

Bürgermeisterin Kleine stimmt Stadträtin Leininger zu. Insgesamt sei es noch zu wenig, was zur Anpassung an den Klimawandel gemacht werde oder auch was als bereits gut laufende Maßnahmen kommuniziert werde.=

Abstimmung über die Vorlage der Verwaltung:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.